

**Rede
der Sprecherin für Jugendpolitik**

Annette Schütze, MdL

zu TOP Nr. 31

Erste Beratung

**Kinder und Jugendliche in seelischen Krisen jetzt
besser unterstützen - Zugang zu Therapieangeboten
erleichtern, Versorgungslücken schließen,
Wartezeiten verkürzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/10727

während der Plenarsitzung vom 25.02.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Während wir uns noch mitten in der Corona-Pandemie befinden, scheint sich eine weitere Gesundheitskrise auszubreiten. Diese trifft nicht den Körper, sondern die Psyche, und betroffen sind vor allem unsere Kinder und Jugendlichen.

Der vorliegende Antrag der Grünen gibt uns die Gelegenheit, diese Situation näher zu beleuchten. Bereits vor dem Ausbruch der Pandemie stieg der Bedarf an psychotherapeutischer Behandlung kontinuierlich an. Wie ist die Situation?

Für 2014 stellte das Robert Koch-Institut in einer Studie fest, dass nur 18,9 % der psychisch Erkrankten, also jeder Fünfte, in dem Jahr, in dem sie erkrankten, auch Hilfe erhielten.

Bereits 2019 mussten rund 40 % der Betroffenen mindestens drei bis neun Monate auf den Beginn einer Behandlung warten - viel zu lange, wie ich finde.

Das war die Lage in der Gesamtgesellschaft vor der Pandemie. Der Ausbruch der Corona-Pandemie veränderte die Situation jedoch einschneidend. Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass psychische Symptome wie Ängstlichkeit, Hyperaktivität oder Depressionen stark zugenommen haben. Zwischen Homeschooling und der Sorge um die Großeltern wuchs der psychische Druck stetig.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund legt die Fraktion der Grünen nun ihren Antrag vor, an dessen Grundintention so weit auch nichts auszusetzen ist. Die Forderungen lassen sich in vier Kernpunkte zusammenfassen, die jedoch aus ganz unterschiedlichen Gründen aus meiner Sicht an der Behebung der Problemlage vorbeigehen:

Als Erstes die Forderung nach zusätzlichen Psychotherapieplätzen für Kinder und Jugendliche.

Liebe Grüne, Sie wissen doch genau: Der Sicherstellungsauftrag auf Landesebene liegt bei der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, nicht bei der Landesregierung. Eine Anpassung der Bedarfsplanung oder weitere Maßnahmen wie Sonderzulassungen erfolgen erst bei einer langfristigen Steigerung der Fallzahlen und der nicht gedeckten Behandlungsbedarfe. Dass diese Bedarfsplanung nicht immer zufriedenstellend ausfällt, ist auch der neuen Bundesregierung - das müssten Sie am besten wissen - bekannt. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag der Ampelregierung:

„Wir reformieren die psychotherapeutische Bedarfsplanung, um Wartezeiten auf einen Behandlungsplatz, insbesondere für Kinder und Jugendliche, aber auch in ländlichen und strukturschwachen Gebieten deutlich zu reduzieren.“

Dieses Ziel sowie den Ausbau der niedrigschwelligen präventiven Beratungsangebote, sogenannter Gesundheitskioske, unterstützt auch die Landesregierung.

Als Zweites wird gefordert, die Präventionsarbeit der kinder- und jugendpsychiatrischen Dienste in den Kommunen mit Mitteln des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken. Diese Forderung, liebe Grüne, geht nicht an das Land. Diese Aufgabe müssen vielmehr die Kommunen umsetzen. Sie können das auch in eigener Verantwortung tun und die Mittel dafür nutzen. In Braunschweig haben wir diese Chance bereits genutzt und Angebote speziell für Kinder und Jugendliche in den Sozialpsychiatrischen Dienst integriert. Damit wird eine Anlauf- und Beratungsstelle geschaffen, die auch präventiv wirken kann.

Die dritte Forderung betrifft die verbesserte Kooperation zwischen Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Eingliederungshilfe. Diese Kooperation ist in § 81 SGB VIII bereits strukturell vorgeschrieben und wird durch eine Vielzahl an Projekten und Maßnahmen bereits fortwährend optimiert.

Als Viertes wird gefordert, mehr Medizinstudienplätze und fachliche Ausbildungs- und Praktikumsplätze zu schaffen. Auch hier hat die Landesregierung bereits mit der Aufstockung entsprechender Studienplätze reagiert. Aber kurzfristig ist hier keine Entlastung zu erwarten.

Sehr geehrten Damen und Herren, was mich nun wundert, ist der Zeitpunkt, zu dem die Fraktion der Grünen beschlossen hat, diesen Antrag zu stellen. Warum jetzt?

Warum wundert mich das? Unbestritten ist, dass die medizinische Versorgung in Niedersachsen einer Neuordnung bedarf. Diese Notwendigkeit hat der Landtag bereits im Dezember 2018 durch die Einsetzung der Enquete zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung anerkannt. In dem Bericht der Enquete heißt es:

„Es besteht eine mangelnde flächendeckende Verteilung der Leistungserbringenden im ärztlichen sowie psychotherapeutischen Bereich.“

Die hier formulierte Handlungsempfehlung bildet die Leitlinie für die Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung in Niedersachsen - ein Problem, das längst erkannt wurde.

Zusammengefasst stelle ich also Folgendes fest: Wir befinden uns am Ende der aktuellen Legislaturperiode. Es stehen nur noch wenige Monate der Ausschussarbeit zur Verfügung. Die Problemlage ist schon längst bekannt und wurde auch bereits auf vielfältige Weise von der Landesregierung bearbeitet. Zu diesem Zeitpunkt einen solchen Antrag vorzubringen, zeigt erneut die Strategie der Grünen-Fraktion, Themen auf den letzten Metern zu besetzen und sich damit zu positionieren.

Für einen echten Mehrwert, finde ich, kommt dieser Antrag dann zu spät. Aber das Thema selbst - die psychische Gesundheit der jungen Generation - ist ein aktuelles und wichtiges Anliegen, dem wir uns tatsächlich verstärkt widmen müssen – da gebe ich Ihnen recht. Unsere Kinder und Jugendlichen haben es verdient, ohne Ängste aufzuwachsen. Darüber kann man nicht oft genug sprechen.

Daher bin ich gespannt und freue mich auf die Beratung im Ausschuss.

Vielen Dank.